

Globethics Repository

The logo for Globethics, featuring the word "Globethics" in white sans-serif font on a blue rectangular background.

Bildungsinvestition statt Alimentation

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see <https://www.globethics.net>. Data and content policy of Globethics Repository see <https://repository.globethics.net/pages/policy>.

Item Type	Preprint
Authors	Sozialwissenschaftliches Institut des Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD);Wegner, Gerhard
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-07-02 10:29:54
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/173204

Bildungsinvestition statt Alimentation

Die „Armutsdenkchrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Kontexte, in die heute die Armutsdenkchrift des Rates der EKD spricht, sind vielfältig. Zu ihnen gehört an erster Stelle das Problem zunehmender Verarmung in Deutschland als Kehrseite eines in den letzten Jahren immer stärker werdenden Auseinanderklaffens von Armut und Reichtum. Die entsprechenden Daten – vor allem der diesbezügliche Indikator der Armutrisikoquote – waren der Anlass für den Rat der EKD die Ausarbeitung einer entsprechenden Studie bei der Kammer für soziale Ordnung der EKD in Auftrag zu geben. Dahinter standen natürlich auch die Sorgen vor erheblichen sozialen Schieflagen, die sich in der Folge der Hartz-Gesetzgebungen abzeichneten.

1. Die falschen und richtigen Kinder

Mittlerweile ist nun aber deutlich geworden, dass es auch weitere Kontexte gibt – und zu ihnen gehört vor allem, dass die Politik und das Land nun schon seit Langem beschäftigende demographische Problem: Deutschland hat zu wenig Kinder, um auf Dauer die Wirtschaftskraft und damit das Wohlstandsniveau in Deutschland zu sichern – so kann man es überall hören. Der Staat und die Wirtschaft brauchen mehr Nachwuchskräfte; insbesondere die Wirtschaft benötigt nicht irgendwelche Nachwuchskräfte hoch qualifizierte Facharbeiter, Ingenieure, damit das Land in der immer härter werdenden internationalen Konkurrenz, die sich immer stärker im Bereich des Wissens abspielt, Stand halten kann. Solch eine Situation ist zwar in der Dramatik, wie sie heute geschildert wird, neu. Allerdings hat es entsprechende Problemlagen in Deutschland schon immer gegeben. Früher, in Zeiten des militärisch gesicherten Machtstaates, ging es allerdings weniger um Fachkräfte für die Wirtschaft, sondern mehr um die fehlenden Rekruten und Kadetten, für die die

deutschen Mütter mehr Kinder in die Welt setzen sollten. Da gab es mal eine Zeit, da ging dies noch über Mutterorden u.Ä. Dieser Weg ist natürlich heute nicht mehr gangbar und entsprechend neue Konzepte mit dem Elterngeld, der Förderung von Krippenplätzen für Kleinkinder, insgesamt also die Herstellung einer Situation, in der Frauen gleichzeitig Mütter und berufstätig erfolgreich sein können, werden heute vorangetrieben. Die Investitionen, die in diesem Bereich geplant sind, sind enorm.

Was nun aber deutlich wird, ist: es geht gar nicht so sehr, darum, dass überhaupt mehr Kinder zur Welt kommen, sondern, dass wieder die richtigen Kinder geboren werden: Kinder in den besser gestellten Familien. Denn hier liegt die Lücke. Man kann statistisch nun sehr gut nachweisen, dass es gerade diese Kreise sind, die viel zu wenig Kinder in die Welt setzen. Bei ihnen sind die relativen Kosten, Kinder in die Welt zu bringen, wesentlich höher als bei den ärmeren Familien und deswegen unterbleibt dies. Das Elterngeld zielt genau in diese Richtung und setzt Anreize in diesen Kreisen, sich wieder der Elternschaft zu widmen. Für Ärmere gibt es das Restelterngeld von 300 Euro, das allerdings nur noch für 12 Monate gezahlt wird. Das Erziehungsgeld, das es früher in dieser Höhe gab, erhielt man 24 Monate. Bei den ärmeren Kinder ist mithin gekürzt worden. Die Ärmeren, so könnte man hier denken, kriegen sowieso genügend Kinder, da braucht es keine Förderung. Bei den Bessergestellten ist dies aber nötiger. Einer schlichte Umverteilung von unten nach oben?

Nun kann man diese Strategie im Für und Wider diskutieren. Natürlich spricht sehr viel dafür, generell für eine viel bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit zu sorgen. Einen Weg zurück in eine überkommene Frauenrolle gibt es ohnehin kaum nicht. Selbst wenn durch diese Strategie nicht sehr viel mehr Kinder zur Welt kämen, wäre sie dennoch aus ganz grundsätzlichen Gerechtigkeitsüberlegungen berechtigt. Und: im Prinzip könnte diese Politik auch den Ärmeren zugute kommen. Das betrifft vor allem den Ausbau von Krippenplätzen. Denn dadurch könnten auch Eltern – in der Regel Mütter – die sich wegen ihrer Kinder nicht um einen Arbeitsplatz bewerben können, bessere Chancen erhalten.

Aber es lohnt sich an dieser Stelle zu fragen, was denn eigentlich aus den vielen Kindern wird, die in sozial schwächeren und ärmeren Familien zur Welt kommen: 1,9

Mio. Kinder haben Ende 2006 in Familien gelebt, die von Hartz IV leben mussten. Die Frage muss berechtigt sein, wieso sich die Aufmerksamkeit bisher so wenig auf eine bessere Qualifizierung und Förderung dieser Kinder richtet. Warum wird nicht forciert eine Strategie verfolgt, die sich in der bekannten Schlagzeile zusammenfassen ließe: „Aus Sozialhilfeempfängern müssen Ingenieure werden?“ Geht es folglich mit der neuen Eltern- und Kinderpolitik der Bundesrepublik hauptsächlich darum, die Privilegien der ohnehin Privilegierten zu fördern? Warum werden nicht die Chancen für diese Kinder erhöht? In den Hartz IV-Sätzen ist kein Ansatz für Bildung enthalten. Wer als Hartz IV-Empfänger sein Kind aufs Gymnasium bringen will, der hat dafür so gut wie keine Chancen, da heutzutage der Besuch des Gymnasiums mit einer ganzen Reihe von Zusatzkosten verbunden ist. Wer gar als Hartz IV-Empfänger seinem Kind Nachhilfe verschaffen will, der wird damit ganz schnell an finanziellen Grenzen scheitern, es sei denn, er verfügt über zusätzliche Unterstützung von Großeltern oder Verwandten, die diese Aufgabe übernehmen. Der Markt für Nachhilfe boomt, allerdings kann man hier ganz schnell feststellen, dass Nachhilfe diejenigen Kinder bekommen, deren Eltern sie sich leisten können, aber nicht diejenigen, die sie brauchen.

Das vorhandene Leistungspotential, das es auch in den Kindern aus sozial schwächeren Familien ohne Zweifel gibt, wird folglich nicht ausgeschöpft. Eine schon seit Jahrzehnten in Deutschland vorhandene Mentalität, die auf eine Passivierung dieser Menschen abzielte, wird in Bildungshinsicht nach wie vor weitergeschrieben, obwohl grundsätzlich die Veränderungen bei der Hartz-Reform hier neue Instrumente der Aktivierung, des aktiven Förderns und Forderns dieser Menschen durchaus greifen könnten – aber eben bisher nicht wirklich im Bildungsbereich.

2. Passivierung ist nicht bezahlbar

Die Konzentration auf Bildung in der Armutsdenkschrift der EKD löst mit Sicherheit nicht das gesamte Problem der Armut in Deutschland. Aber sie hat mit einer Aufmerksamkeitsverschiebung zu tun, die aus den Erfahrungen der Armutsbekämpfung der vergangenen zwanzig Jahre resultiert. Vereinfacht zusammengefasst kann man feststellen, dass diese Armutsbekämpfung, sprich vor

allem die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit inkonsequent und nicht wirklich vom Gedanken der Befähigung der Betroffenen her geprägt gewesen ist.

Von dieser Grundeinstellung ist auch noch das große sozialpolitische Dokument von evangelischer und katholischer Kirche aus 1997, das berühmte „Gemeinsame Wort“ geprägt. Dieses Wort lässt sich nach wie vor als ein Höhepunkt sozialstaatlichen Denkens feiern, da in ihm die wichtigsten Forderungen, vor allen Dingen auf eine Erhöhung der sozialstaatlichen Transferleistungen zielen. Die Rede ist in diesem Text häufig davon, dass die Sozialhilfe und die damals noch vorhandene Arbeitslosenhilfe „armutsfest“ gemacht werden sollten, d.h. im Wesentlichen, über die Armutsgrenze, die allerdings nicht definiert wird, hinaus angehoben werden müssten. Aspekte der Bildungsgerechtigkeit bzw. der dann später so genannten Befähigungsgerechtigkeit tauchen in diesen Texten noch nicht auf. Man glaubte damals – und dies war ein weit verbreiteter Glaube –, dass sich Armutsbekämpfung vor allen Dingen über monetären Transfer machen ließe, d.h. vor allem durch eine bessere finanzielle Absicherung der sozial schwächeren Menschen. Die Armutsdenkschrift der EKD hält sich dann in 2006 in dieser Hinsicht sehr zurück und gibt keine Empfehlungen zur Erhöhung der Sätze nach Hartz IV, fällt also in dieser Hinsicht, wenn man so will, hinter die Forderungen von 1997 zurück.

Allerdings war die Forderung nach mehr Umverteilung in 1997 auch nicht einfach etwas vollkommen Absurdes. Die sekundäre Umverteilung von Einkommen durch sozialpolitische Maßnahmen hat in Deutschland eine entscheidende Bedeutung, weil nur durch diese sie die schon seit langem wachsende Ungleichheit der Einkommen halbwegs korrigiert werden kann und nur so die Armutsquote im Griff gehalten werden konnte. Würde man die sekundäre Umverteilung über sozialpolitische Maßnahmen aus unserem System herausnehmen, so hätten wir auf einen Schlag erheblich erhöhte Armutsraten. Die Arbeitsmärkte bzw. die Beteiligung an der Wirtschaft kann offensichtlich allein die Armutsbedrohung nicht reduzieren, sondern – betrachtet man es nüchtern – ist es in diesem Bereich schon seit langem zu einer erheblichen Verschärfung zwischen Armut und Reichtum und einem Auseinanderdriften der Löhne und Einkommen gekommen. Diese Situation ist durch die Globalisierung wahrscheinlich verschärft worden, hat aber schon lange vor der Globalisierung eingesetzt. Eine ganze Reihe von heute kritisch gesehenen Aspekten,

wie z.B. die Staatsverschuldung, aber auch die Angewiesenheit unserer Sozialsysteme auf wirtschaftliches Wachstum, hat hiermit zu tun. Sozialer Friede, d.h. die Begrenzung des Abstandes zwischen Armen und Reichen geht nur über mehr Mittel im sozialpolitischen Bereich.

Das Problem dieser Strategie ist jedoch – und dies Argument kann, wenn man es isoliert für sich nimmt, zynisch klingen, es beschreibt aber dennoch eine Wahrheit –, dass durch die Erhöhung der finanziellen Transfers alleine eine Art von Gewöhnung an Armut eintreten kann, die die Aneignung von bestimmten Kompetenzen zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts behindert. Auf der anderen Seite tritt auch eine Beruhigung auf der Seite der Gesamtgesellschaft ein: Wenn man die Arbeitslosen nur halbwegs ordentlich alimentieren würde, bräuchte man ja mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ja eigentlich gar nicht mehr zu tun. Anstrengungen, das im Grunde genommen brachliegende Arbeitsvermögen dieser Menschen, oder auch ökonomistisch gesprochen ihr Humankapital, zu reaktivieren, können dann unterbleiben. Würde man nun sogar noch das bedingungslose Grundeinkommen einführen, dann wäre die Gewissen der Bessergestellten noch deutlicher salviert.

Dies bedeutet aber, dass die sekundäre Umverteilung in rein materieller Hinsicht das Armutsproblem auf Dauer nicht lösen kann. Die Passivierung im großen Stil von Millionen von Menschen kommt deutlich an ihre Grenzen, auch unter dem Aspekt, dass sie das System insgesamt überfordert, was ja dann in den neunziger Jahren und dann später auch deutlich der Fall war. Das Ausgrenzen von vielen Millionen Menschen aus der Arbeitswelt ist nicht nur ethisch gesehen ein Versagen und eine erhebliche Gerechtigkeitslücke gegenüber dem betreffenden Menschen, sondern es bringt auch ein jedes Wirtschafts- und Sozialsystem an seine Leistungsgrenzen. Und in Deutschland musste diese Leistungsgrenze dann deutlich werden, als die Wachstumskräfte der Wirtschaft erkennbar wegbrachen und die Finanzierungsprobleme überhand nahmen. Insofern kann man geradezu sagen: Gut, dass unser Land wirtschaftlich in die Krise geriet – denn nur so wurde dieser offensichtliche Skandal endlich deutlich!

3. Das übersehene Bildungsdesaster

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang nun, dass das Versagen des deutschen Ausbildungs- und Bildungswesens in Bezug auf die Befähigung von Kindern aus sozial schwächeren Familien erst so spät deutlich wurde. Auch hier bedurfte es eines Umweges, nämlich des Umweges über die Situation der besser gestellten Kinder. Erst, als durch die PISA-Studien ein insgesamt schlechtes Abschneiden der deutschen Befähigungseinrichtungen im weltweiten Vergleich deutlich wurde, richtete sich wieder ein Augenmerk auf die Bildungs- und Ausbildungslandschaft in Deutschland und nur mitgetragen von diesen insgesamt niedrigen Leistungswerten kam dann auch das Problem der hohen sozialen Selektivität des Bildungswesens in den Blick. Deutlich wurde auf einmal, dass die großen Bildungsreformen, die Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre einen erheblich verbesserten Zugang von Kindern aus sozial schwächeren Familien ermöglichten, überhaupt nicht mehr griffen und wir in Deutschland, was die soziale Selektivität anbetrifft, wieder in einer Situation, wie sie in etwa in den 50er-Jahren herrschte, sind.

Die Bildungsexpansion der 60er- und 70er-Jahre hat zu einer Steigerung des Bildungsniveaus in allen Sozialgruppen geführt. War die Hauptschule zu Beginn der 50er-Jahre noch die Regelschule, an der drei Viertel der Schülerinnen und Schüler lernten, so belief sich deren Anteil 2003 nur noch auf 30 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler an den Realschulen von 7 auf 23,5 Prozent verdreifacht und an den Gymnasien von 15 auf 32,5 verdoppelt. Die Selektivität ist jedoch fast gleich geblieben. Nur sechs von hundert Arbeiterkindern beginnen ein Hochschulstudium, während neunundvierzig von hundert Gymnasiasten aus einkommensstarken Familien eine Universität besuchen. Die soziale Zusammensetzung der studierenden Herkunftsgruppen hat sich deutlich verschoben: Zwischen 1982 und 2003 ist der Anteil der Studierenden aus der höchsten sozialen Schicht von siebzehn auf siebenunddreißig Prozent kontinuierlich angestiegen, während sich der Anteil der Studierenden aus der untersten Herkunftsgruppe von 23 auf zwölf Prozent verringert hat.

Die Bildungsungleichheiten haben sich mithin nicht verringert, was zwischenzeitlich der Fall war, sondern wieder deutlich verschärft. Eine ganze Generation ist qua Bildung offensichtlich aufgestiegen, hat aber die dadurch erreichten Chancen nicht

nur nicht an die nachfolgenden sozial schwächeren Generationen weitergegeben, sondern für sich und ihre Kinder monopolisiert.

4. Umverteilung neu denken!

Mit den bisherigen Anmerkungen ist der Kontext beschrieben, in den die Armutsdenkschrift der EKD zu verorten ist. Es wird hieran schon deutlich, dass mit diesem Text nicht gegen Verteilungsgerechtigkeit und auch nicht einmal gegen eine notwendige Alimentation derjenigen argumentiert wird, die nicht mehr in der Lage sind, sich selbst qua Arbeitsmarkt versorgen zu können, sondern es geht hier um eine Argumentation gegen eine Überforderung des Alimentationsprinzips. Die Erfahrung hat deutlich gemacht, dass diese Strategie im Blick auf eine effektive Armuts- und Ausgrenzungsbekämpfung deutlich an ihre Grenzen gekommen ist. Faktisch ist in den 90er-Jahren das Ziel der Teilhabe aller oder möglichst vieler an der Welt der Arbeit aufgegeben worden und man hat sich damit beruhigt, dass Arbeitslose halbwegs finanziell abgesichert leben konnten. Eine wirkliche Fürsorge für die Betroffenen, die auf deren Teilhabe in der Gesellschaft zielt, wurde nicht mehr wahrgenommen – so das nüchterne Fazit.

Deutlich ist aber, dass ein Gesellschaftssystem wie die Bundesrepublik Deutschland nur durch ein insgesamt produktives und leistungsstarkes kooperierendes System, an dem möglichst alle Teilhabe haben können, bestehen kann. Und Natürlich gehen hiermit auch Sorgen vor einer zunehmenden Divergenz zwischen Armut und Reichtum einher. Die Armutsrisikoquote, die im EKD-Text mehrfach diskutiert wird, ist allein in sieben Jahren um fast 50 Prozent gestiegen und signalisiert damit eine erhebliche Zunahme sozialer Ungleichheit, die nicht toleriert werden kann. Dies hat zuletzt auch noch einmal sehr deutlich die EKD-Synode in Würzburg herausgestellt. Umverteilung zwischen Armen und Reichen bleibt folglich nötig. Sie hat vor allem mit Fragen der Steuergerechtigkeit, aber auch anderer Aspekte, zu tun.

Aber Umverteilung muss effizient sein: Der Sinn von Umverteilung kann nicht auf Dauer in der Alimentation bestehen, sondern muss ganz entscheidend in Richtung Befähigung der Menschen, wieder für sich selbst sorgen zu können, verstanden werden. Genau in dieser Hinsicht haben aber die Umverteilungsmechanismen der

deutschen Sozialpolitik erkennbar versagt. Es braucht folglich eine Ergänzung von klassischer Umverteilung durch Umverteilung in Befähigung hinein und d.h. ein Begreifen von Bildungspolitik, eine Sozialpolitik bzw., wie es in der Armutsdenkschrift auch mehrfach angesprochen ist, einen konzeptionellen Zusammenhang von Bildungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

5. Der berufungstheologische Ansatz

Nun gehen Texte aus dem Bereich der Kirche nie nur interessengeleitet vor, sondern sie beziehen sich auf bestimmte, aus dem christlichen Glauben resultierende Werthaltungen, die einen spezifischen Blick auf die Wirklichkeit der Gesellschaft ermöglichen oder auch erzwingen. Im Text der EKD finden sich eine ganze Reihe entsprechender theologischer Denkansätze. Gleich zu Anfang wird eine Überlegung entwickelt, die in der Rezeption der Schrift zunächst einige Menschen überrascht hat, aber dann doch auf viel Zustimmung gestoßen ist. Dabei handelt es sich um die Reaktualisierung einer klassischen berufungstheologischen Einsicht und ein entsprechendes Bild vom Menschen. Hier wird folgendermaßen formuliert: „Gott gewährt den Menschen in der Kraft des Heiligen Geistes Anteil an seiner Fülle. Unterschiedliche Begabungen befähigen Menschen, die ihnen in ihrer Lebenssituation gestellten Aufgaben zu erfüllen. Wird den Menschen Teilhabe an Gottes Kraft geschenkt, ohne dass sie selbst etwas dafür tun müssen, so ist es ihre Aufgabe, diese Begabung in ihrem Leben fruchtbar werden zu lassen – für sich selbst und für andere, also auch für das Gemeinwohl. In der Realisierung dieser aktiven Teilhabe an den gesellschaftlichen Aufgaben liegt ihre Verantwortung vor Gott und vor ihren Mitmenschen.“

Und weiter heißt es dann: „Eine gerechte Gesellschaft muss so gestaltet sein, dass möglichst viele Menschen tatsächlich in der Lage sind, ihre jeweiligen Begabungen sowohl zu erkennen als auch sie auszubilden und schließlich produktiv für sich selbst und andere einsetzen zu können. Eine solche Gesellschaft investiert folglich, wo immer es geht, in die Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen zur Gestaltung ihres eigenen Lebens sowie der gesamten Gesellschaft in ihren sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen. Eine solche Gesellschaft ist so verfasst, dass sich diese aus den individuellen Begabungen, erwachsenden Gaben und Fähigkeiten zur

möglichst eigenverantwortlichen Sicherung des Lebensunterhalts und im Interesse aller solidarisch einsetzen lassen.“

Diese Sätze sind für die Grundaussage des Textes von entscheidender Bedeutung, denn sie verankern ein Recht an Bildung und Ausbildung bzw. dann auch an Teilhabe an der ökonomischen Kooperation bzw. an bezahlter Arbeit von vornherein in der unverlierbaren Würde des Menschen, die ihm von Gott geschenkt ist. Die Würzburger Synode hat dies dann noch einmal pointiert zusammengefasst: „Als Gottes Ebenbilder sind alle Menschen gleich. Die Würde und der Wert des Lebens sind Gottes Geschenk. Armut kann diese Würde nicht beeinträchtigen und Reichtum fügt ihr nichts hinzu.“ Eine gerechte Gesellschaft in diesem Sinnen nutzt folglich die Mittel, die zur Umverteilung zur Verfügung stehen, zur Befähigung der Menschen in diesem Sinne, ihre eigenen Gaben erkennen, ausbilden und einsetzen zu können.

Diese Sicht der Dinge hat wenig mit einem platten Fitmachen für den Arbeitsmarkt zu tun, was auch von anderen Seiten her gefordert wird, sondern damit, dass die Gesellschaft insgesamt für eine umfassende Befähigung von Menschen verantwortlich ist. Begabungen sind in diesem Sinne Berufungen und sie zu verschwenden oder zu verschleudern, entspricht nicht dem biblischen Menschenbild oder, wenn man so will emphatisch ausgedrückt, dem Willen Gottes. Passivierung von Millionen von Menschen ist damit, ganz abgesehen von ökonomischer, sinnloser Verschwendung auch ein Vergehen an der Menschenwürde dieser vielen Menschen.

6. Bildung und Armut

Genau von hier aus richtet sich nun in der Denkschrift der Blick auf die befähigenden Instanzen der Gesellschaft und so eben auf das Bildungswesen. Die Analysen sind hier ausgesprochen deutlich. Bildung selbst ist einer der durchschlagendsten Faktoren für Armut. Schulerfolg und frühkindliche Förderung eng zusammen. „Das deutsche Bildungssystem,“ so heißt es in These 108, „das in anderen Bereichen über große Stärken verfügt, scheitert faktisch in der Vermittlung von Bildung an von Armut Getroffener oder gefährdete Gruppen der Bevölkerung.“ Ja: (Ziffer 110) „Das Bildungssystem versagt nicht nur gegenüber den sozial und kulturell schlechter Gestellten – es trägt vielmehr zu ihrer Schlechterstellung bei, indem es Kinder aus

den betreffenden Milieus nicht hinreichend individuell fördert und fordert.“ Diejenigen, die ohnehin mit schwierigen Voraussetzungen kommen, werden durch die Art und Weise, wie in den Schulen Bildung betrieben wird, weiter demotiviert. Das ist die grundlegende These und sie ist durch vielfältige Studien der letzten Jahre deutlich belegt.

Schon Ende der neunziger Jahre gelangte eine Untersuchung der Berliner-Humboldt-Universität zu dieser Schlussfolgerung. Mehr als 13.000 Hamburger Kinder waren dafür unmittelbar nach dem Übergang in die weiterführende Schule beobachtet worden. Ergebnis: Je höher die Ausbildung der Eltern war, desto besser schnitten die Kinder ab – auch, wenn sie keine besonders guten Leistungen vorzuweisen hatten. Lehrer beurteilten einfach die Leistungen von Kindern aus weniger gebildeten Elternhäusern schlechter.

Bildung ist weitaus mehr als Wissensvermittlung, das wird hier deutlich. Mit Bildung geht nicht zuletzt eine Haltung des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten und ihre Weiterentwicklung einher. Damit verbunden ist oft eine gewisse Zielperspektive, eine Entwicklung der Ansprüche an die eigene Person wie an andere, die sich im Erwachsenenleben als notwendig erweist. Dabei helfen vor allem Erfahrungen des Gelingens, eine beständige, sich selbst beherrschende, selbst reflexive und zielorientierte Persönlichkeit zu entwickeln, die eine positive Zukunftsorientierung aufweist. Umgekehrt erschweren oder verhindern von der Schulzeit an erlebte ständige Misserfolge die Ausbildung eines solchen Selbstvertrauens. Kinder aus sozial besser gestellten Familien bekommen Ansätze dieser inneren Fähigkeiten von zu Hause aus schon mit und haben es deswegen leichter, sich im Schulalltag entsprechend zu orientieren, während Kinder aus sozial schwächeren Familien dies eben nicht von Hause mitbekommen, weil entsprechende Kompetenzen zur Lebensbewältigung unter alltäglich schwierigen Bedingungen nicht funktional erscheinen.

Das äußert sich auch in rein materiellen Vorzügen. Ein Kind aus der Mittelschicht kommt etwa bis zur Einschulung auf 1700 Stunden Bilderbetrachtung oder Vorlesezeit zusammen mit den Eltern, Kinder aus sozial schwachen Milieus aber nur auf 24. Das Ergebnis ist, dass 22 Prozent aller Schüler und Schülerinnen zur so

genannten Risikogruppe zählen, deren Bildungsergebnisse nicht für einen Berufseinstieg zu reichen drohen.

Entscheidend ist, dass dies alles relativ wenig mit den Begabungen der entsprechenden Kinder zu tun hat. Eine Langzeituntersuchung aus England konnte nachweisen, dass sich die Begabungseffekte zwischen Kindern aus sozial schwächeren und sozial besser gestellten Familien schon mit dem Alter von 6 Jahren, also schon mit Beginn der Einschulung schneiden. Das bedeutet, dass hochbegabte Kinder aus den ärmeren Familien schon im Alter von 6 Jahren schwächer begabten Kindern aus sozial besser gestellten Familien zensurenmäßig an den Schulen unterlegen sind. Der Effekt des eigenen Herkommens überlagert den Effekt der Begabung. Nun ist die Situation in England wahrscheinlich trotz allem gravierender als in Deutschland, da es hier eine sehr viel längere Tradition von Kinderarmut gibt, die allerdings in letzter Zeit zugunsten Englands besser geworden ist. Die Grundstruktur wird aber auch in Deutschland ähnlich sein. So ist auch hier deutlich, dass die Benachteiligung bildungsferner Kinder auch dann greift, wenn vergleichbare Leistungen erbracht werden und selbst dann positive Empfehlungen zum Besuch weiterführender Schulen verhindert. Entsprechend gibt es eine hohe Prozentzahl falscher Schulempfehlungen durch die Lehrer.

Das Fazit ist folglich, dass das Leistungspotential von Kindern aus den unteren Schichten im deutschen Bildungswesen nicht wirklich ausgeschöpft wird. Das bedeutet aber auf der anderen Seite, dass in Deutschland Ungleichheiten zum großen Teil institutionell erzeugt und eben nicht verringert werden. In Bezug auf diese Kinder muss von einer deutlichen „Unter-Bildung“ oder „Unter-Ausbildung“ gesprochen werden. Dies schlägt sich auch wahrscheinlich darin nieder, dass im Vergleich zu angelsächsischen Ländern Sozialpolitik in Deutschland mit Bildung eigentlich nichts zu tun hat. Darin tragen sicherlich auch klassische bildungsbürgerliche Denkmuster sich weiter durch. Das deutsche Schulwesen ist folglich stark auslesend. Am stärksten ist der Zusammenhang zwischen Bildungsbeteiligung sozialer Herkunft in Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. In Bayern haben Kinder aus einkommensstarken Familien eine 6,65-mal so große Chance, das Gymnasium zu besuchen wie Kinder aus Arbeiterhaushalten. Noch stärker ist dies bei Kindern mit Migrationshintergrund. Im weltweiten Vergleich

schneiden nur Ungarn und Belgien noch schlechter ab als Deutschland, wohingegen die skandinavischen Länder im Ausgleich von Bildungsbenachteiligung und in einer generellen Gleichheitsorientierung vorbildlich sind.

7. Was kann getan werden?

Nun bleibt der EKD-Text nicht bei der Analyse stehen, sondern trägt auch eine Reihe von Vorschlägen vor, um die Situation zu verbessern. Dabei geht es um folgende Empfehlungen:

- Ganz generell sollten die im Kindergarten oder in der Schule unausgesprochenen Erwartungen an das, was die Kinder eigentlich mitbringen müssten, über das die bildungsfernen Kinder aber eben nicht verfügen, explizit gemacht und entsprechend vermittelt werden. Es geht folglich um die Definition von Kerncurricula, die das gesamte Verhalten und erwartete Grundbildung definieren. Diese Fragen werden z.Z. unter dem Begriff der Resilienz diskutiert. Mit ihm werden Fähigkeiten erfasst, die auf die Stärkung der Kinder zielen, so z.B. die Fähigkeit, sich selbst helfen zu können, um Hilfe bitten zu können und sich selbst als wirksam erleben zu können.
- Zudem muss es weit mehr als bisher darum gehen, Lernprozesse bereits im Kindergarten in kleinen Gruppen zu begleiten, statt lediglich die Ergebnisse zu bewerten. Dies hat natürlich etwas mit Fördermöglichkeiten zu tun.
- Zudem braucht es eine laufende Evaluation der Lernfortschritte im Blick auf jedes einzelne Kind, die den Kindergarten und die Schule für den Bildungslauf des Schülers rechenschaftspflichtig macht.
- Zudem muss über die Kultur des drei- und mehrgliedrigen Schulsystems in Deutschland diskutiert werden. Die frühe Selektion muss überdacht werden.
- Die Ausrichtung der so genannten Förderschulen sowie das Phänomen des Wiederholens einer Klasse und des Verlassens der Schule stellen keine

wirklichen Fördermaßnahmen dar, sondern dienen eher zur Stigmatisierung der betreffenden Schüler.

- Zudem müssen Maßnahmen zur Unterstützung bildungsferner Gruppen offensichtlich vor Ort ansetzen, d.h. im Stadtteil oder im Dorf. Hierzu braucht es regionale Kooperation von Schulen, Kommunen und Unternehmen sowie auch Ehrenamtlichen und Kirchengemeinden. Hier geht es nicht um das Ausgleichen von Defiziten im Bildungsbereich, sondern um Schaffung von ergänzenden und unterstützenden Maßnahmen im Sinne einer lebensweltbezogenen Bildung, um das Leben zu lernen.

Festgehalten wird auch, dass ein Teil der Finanzierung für diese Aufgaben durch die demographische Entwicklung freierwerdenden Mittel erfolgen könnte. Sie müssten folglich im Bildungsbereich verbleiben.

Festgehalten wird dann weiter: (Ziffer 121) „Maßnahmen, die auf mehr Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit im Bildungswesen zielen, beeinträchtigen nicht das berechtigte Interesse von Eltern, ihren Kindern die individuell bestmögliche Ausbildung, die sich finden lässt, zukommen zu lassen. Gerade die PISA-Ergebnisse zeigen, dass es durchaus einen positiven Zusammenhang zwischen gesteigerter Leistungsbereitschaft, Schulerfolg und der Erfahrung von Gleichheit unter den Kindern gibt.“

Das Ziel dieser Überlegungen ist es weniger, eine neue Debatte über das drei- oder mehrgliedrige Schulsystem loszutreten. Diese Debatte lässt sich ohnehin kaum führen, weil sich hier nach dem zähen und fruchtlosen Schulkampf der 80er-Jahre wenig machen lässt. Und es ist ja auch richtig, dass der Lernerfolg entscheidend von der Qualität des Unterrichts abhängt und nicht so sehr von der Struktur des ganzen Bildungssystems. Doch verleitet das gegliederte System dazu, das individuelle Fördern zu vernachlässigen und den Unterricht zu starr und einfältig zu organisieren. Die neue Unterrichtskultur braucht vor allen Dingen mehr Freiräume, mehr Zeit, mehr Pädagogen und mehr Eigenverantwortung.

In diesem Zusammenhang ist das Ende der Hauptschule, wie sich ja mittlerweile gezeigt hat, nur noch eine Frage der Zeit. Was sich herausbilden wird, ist ein zweigliedriges Schulsystem, bei dem sich Haupt- und Realschule auf der einen Seite und das Gymnasium auf der anderen Seite finden werden. Diese Struktur hat den großen Vorteil, dass man die deutsche Trennung zwischen der Vorbereitung auf ein akademisches Studium und auf praktischere Berufe nicht in Frage stellt. Nicht schlecht wäre es allerdings, man würde beides besser integrieren können, wie dies in Baden-Württemberg ja zum Teil der Fall ist, wo ein Drittel der Abiturienten die Hochschulreife an beruflichen Schulen erlangen. Das ist tatsächlich ein Erfolg. Doch die Studien belegen aber, dass die zweite Chance wiederum besonders oft von Akademikerkindern ergriffen wird.

Entscheidend ist es, dass über die deutschen Sonderschulen bzw. Förderschulen diskutiert wird. Alleine der Name ist ja schon bezeichnend, da Kinder ja eigentlich an jeder Schule gefördert werden sollten. Dies ist ein Beleg dafür, dass schwächere Kinder, auch Behinderte, in den meisten Schulen nicht in das Schulleben einbezogen werden können. Viel zu oft landen Kinder von Einwanderern auf Sonderschulen, weil sie noch nicht genügend Deutsch sprechen.

Ein interessanter Weg zur Reform, der sich auch auf die Armutsdenkschrift gut beziehen kann, ist die Einrichtung von Stadtteilschulen in Hamburg. Hier geht es darum, den Ausbildungs- und Bildungsaspekt umfassend in die örtliche Gemeinschaft einzubeziehen. Im Grunde sind diese Schulen im amerikanischen Sinne Community-Centers. Dies könnte eine Weg sein, den Zugang zu Bildung aus sozial schwächeren Familien sehr viel attraktiver zu machen und zu öffnen. Entscheidend ist allerdings hier auch, dass zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, was ja auch in Hamburg der Fall ist.

Fazit

Investitionen im Bildungsbereich zugunsten der Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien und die Schaffung eines stärkeren Gleichheitsbewusstseins in unseren Schulen sind folglich aus verschiedenen Gründen nötig. Es findet sich hier ein beträchtliches Gerechtigkeitsdefizit, aber es ist auch aus ökonomischen Gründen

überhaupt nicht einzusehen, warum hier nicht mehr getan wird. Die Kosten, die durch zunehmende Armut entstehen, wenn in diesem Bereich gespart wird, liegen allemal gewaltig viel höher als der umgekehrte Weg der Investition. Es braucht vor allem eine andere Haltung bei Eltern, Lehrern und Mitschülern, die bewusst und gezielt die Diskriminierung sozial schwächerer Kinder benennt und versucht abzubauen. Armut greift bereits im Kindergarten in subtilen Mechanismen und etabliert dann für die Betroffenen eine negative Selbsteinschätzungserfahrung, die ein Leben lang anhält. Wenn ein Kind im Kindergarten z.B. am gemeinsamen Mittagessen mit der Begründung nicht teilnimmt, dass es zu Hause besser schmeckt, in Wirklichkeit aber dieses Mittagessen von den Eltern, weil sie Hartz IV-Empfänger sind, nicht finanziert werden kann, müssen schon alle Alarmglocken schellen und es muss etwas getan werden. Es sind in dieser Hinsicht die kleinen Zeichen, die auf umfassendere Problematiken hinweisen.

Aber eines ist auch deutlich: Ein besseres Bildungssystem allein wird die Armutproblematik natürlich nicht lösen können. Das Bildungssystem bleibt angekoppelt vor allen Dingen an die Arbeitsmärkte und an die von den Menschen realistisch zu erreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten. Wenn schon im Schulalltag deutlich ist, dass Kinder aus sozial schwachen Familien nur wenige Chancen haben, überhaupt eine Lehrstelle zu erhalten und dann noch weniger einen angemessenen Arbeitsplatz, dann lässt die Leistungsmotivation in diesem Bereich bei den Schülern und entsprechend auch bei den Lehrern schon im Schulbereich nach. Ohne die Chance, später angemessene Arbeit erhalten zu können, hilft auch die größte Betonung des Eigenwertes von Bildung aus humanistischen Gründen nichts. Wo die Wirtschaft Arbeitsplätze verweigert oder dermaßen schlecht bezahlt, dass es sich eigentlich nicht lohnt, für sie sich anzustrengen, kann ein Bildungssystem nicht autonom operieren. Alles hängt mit allem zusammen. Aber das sollte uns nicht hindern, an einer Stelle zu beginnen, um die Teilhabechancen aller zu verbessern.

Gerhard Wegner, 11. Mai 2007

Gerhard.Wegner@si-ekd.de